

DIE LINKE.

LANDESVERBAND BREMEN

25. Landesparteitag

9. und 10. November 2019

Bürgerhaus Oslebshausen –
Am Nonnenberg 40 Bremen

Antragsheft I

INHALT:

G – Geschäftsordnung (bereits beschlossen)	Seite 5
T – Tagesordnungsvorschlag	Seite 3
L – Leitantrag des Landesvorstandes	Seite 7
A – Antrag an den Landesparteitag	Seite 11
Kommissionen des Landesparteitages	Seite 11
Einladung zum Landesparteitag	Seite 12

Zusammenstellung: Andreas Hein-Foge

Druck: Landesgeschäftsstelle DIE LINKE. Bremen

T1 Tagesordnung und Zeitplan

Vorschlag der Tagesordnung des 25. Landesparteitages am 9. und 10. November

Erster Beratungstag

Anmeldung der Delegierten ab 10.00 Uhr

TOP 1 Begrüßung 10.30

TOP 2 Beschluss der Tagesordnung und des Zeitplanes 10.45

TOP 3 Bericht des Landesvorstandes / Leitantrag

3.1 Bericht des Landesvorstandes/ Einführung Leitantrag 10.50

3.2 Debatte 11.15

Mittagspause 13.30

3.3 Beschlussfassung über den Leitantrag 14.15

TOP 4 Frauenplenum des Landesparteitages 14.45
gleichzeitig: Männerplenum

TOP 5 Bericht des Frauenplenums an den Parteitag 15.45

TOP 6 Berichte

6.1 Bericht der Landesschiedskommission 16.00

6.2 Bericht der Landesfinanzrevisionskommission 16.10

TOP 7 Entlastung des Landesvorstandes 16.30

TOP 8 Bericht der Mandatsprüfungskommission

TOP 8 Wahlen

8.1 Wahl des Landesvorstandes

8.1.1 Wahl zweier Landessprecher*innen 16.35

8.1.2 Wahl des*der Landesschatzmeister*in

8.1.2 Wahl einer*s stellvertretenden Landessprecher*in

8.1.3 Wahl der weiteren Mitglieder des Landesvorstandes
(Liste zur Sicherung der Mindestquotierung)

Ende des ersten Beratungstages 19 Uhr

Zweiter Beratungstag

Anmeldung der Delegierten ab 10.00 Uhr

Fortsetzung TOP 8 Wahlen 10.30

8.1.4 Wahl der weiteren Mitglieder des Landesvorstandes

8.2 Wahl der zwei Mitglieder und Ersatzmitglieder zum Bundesausschuss
für die Jahre 2020 und 2021 12.00

8.3 Wahl der sechs Delegierten zum Parteitag der LINKEN und
Ersatzdelegierter für die Jahre 2020 und 2012 13.00

dazwischen Mittagspause

8.4 Wahl der Landesschiedskommission 15.00

8.5 Wahl der Landesfinanzrevisionskommission 15.30

TOP 9 weitere Anträge an den Landesparteitag

TOP 10 Schlusswort 19.00

G - Geschäftsordnung

Geschäftsordnung des Landesparteitages der LINKEN Bremen

1 Der Landesparteitag wählt als Arbeitsgremien im Block auf Vorschlag des Landesrates und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch erhoben wird, in offener Abstimmung für die Dauer der Amtszeit der Delegierten.

- das Tagungspräsidium,
- die Mandatsprüfungskommission,
- die Wahlkommission,
- die Antragskommission.

Wählbar sind alle, sofern sie Mitglied der Partei DIE LINKE sind.

2 Der Landesparteitag wird durch das von ihm gewählte Tagungspräsidium geleitet.

3 Geschäftsordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Landesparteitages in dieser Reihenfolge beschlossen. Die Geschäftsordnung bleibt für die Dauer der Amtszeit der Delegierten gültig.

4 Alle gewählten und angemeldeten Delegierten haben Beschlussrecht, sofern die Bundes- oder die Landessatzung nichts anderes bestimmen. Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gewählten stimmberechtigten Delegierten oder Ersatzdelegierten anwesend sind. Mitglieder des Landesverbandes haben Rederecht.

5 Der Ablauf des Landesparteitages erfolgt entsprechend der vom Landesparteitag beschlossenen Tagesordnung.

6 Wortmeldungen sind dem Tagespräsidium anzuzeigen. Das Tagungspräsidium hat das Recht, Gästen des Landesparteitages das Wort zu erteilen. Die Reihenfolge der Redner*innen wird innerhalb der beschlossenen Tagesordnung durch die Reihenfolge der Wortmeldungen und die Quotierung bestimmt.

Die Redezeit für Diskussionsredner*innen beträgt maximal vier Minuten. Längere Redezeiten sind durch die*den Redner*in vor Beginn der Rede zu beantragen und bedürfen der Bestätigung durch den Landesparteitag.

Delegierte haben das Recht, Anfragen an die Diskussionsredner*innen zu stellen. Die Tagungsleitung kann die Anzahl der Anfragen begrenzen.

7 Anträge, die nach Antragsschluss gestellt werden (Dringlichkeits- und Initiativanträge), sind schriftlich bei der Antragskommission einzureichen und erfordern, wenn sie zur Behandlung im Plenum kommen sollen, die Unterschrift von mindestens zehn anwesenden angemeldeten Delegierten.

Zur Begründung selbstständiger Anträge erhalten zunächst die Antragsteller*innen das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt vier Minuten. Danach erhält jeweils ein*e Redner*in dagegen und ein*e Redner*in dafür das Wort. Die Redezeit beträgt hierfür jeweils maximal zwei Minuten. Der Landesparteitag kann mit der absoluten Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten eine Ausdehnung der Antragsdebatte beschließen.

8 Die Abstimmung über Anträge erfolgt unter dem Tagesordnungspunkt Anträge, falls der Landesparteitag nichts anderes beschließt. Alle Anträge werden nummeriert.

Änderungsanträge sind Anträge, die sich auf vorliegende Anträge beziehen und diese ändern sollen. Sie können durch jede Delegierte oder jeden Delegierten gestellt werden.

Dringlichkeits- und Initiativanträge sind Anträge, die nach Antragsschluss auf besondere politische Ereignisse oder grundsätzliche politische bzw. gesellschaftliche Veränderungen reagieren und der Landesparteitag sich durch entsprechende Beschlussfassung dazu verhalten muss.

Anträge an die Kommissionen des Landesparteitages können durch jede*n Delegierte*n gestellt werden.

9 Anträge zur Geschäftsordnung können nur von Delegierten mündlich und außerhalb der Reihenfolge der Redeliste gestellt werden. Vor der Abstimmung darüber erhält höchstens ein*e Redner*in dagegen und eine Redner*in dafür das Wort. Die Redezeit beträgt jeweils maximal zwei Minuten. Bei laufender Abstimmung sowie während Wahlgängen können keine Anträge zur Geschäftsordnung gestellt werden.

Den Antrag „Schluss der Debatte“, „Schluss der Redeliste“ und „Übergang zur Tagesordnung“ kann nur von Delegierten gestellt werden, die zu dem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben.

Vor Beschlussfassung ist die Redeliste zu verlesen.

10 Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden angemeldeten Delegierten gefasst, wenn kein anders lautender Antrag zum Abstimmungsverfahren beschlossen ist und sofern die Bundes- und Landessatzungen und diese Geschäftsordnung nichts anderes bestimmen.

11 Auf Antrag kann mit einfacher Mehrheit der delegierten Frauen ein Frauenplenum des Landesparteitages in offener Abstimmung einberufen werden. Über einen in diesem Frauenplenum gefassten Beschluss oder Beschlussvorschlag kann erst nach erneuter Beratung des gesamten Landesparteitages abschließend entschieden werden.

12 Persönliche Erklärungen beziehen sich auf Angriffe gegen oder Zitierungen der eigenen Person. Persönliche Erklärungen können nur nach Beendigung des Tagesordnungspunktes abgegeben werden. Die Redezeit beträgt maximal zwei Minuten.

13 Die Sitzungen des Landesparteitages sind grundsätzlich öffentlich. Über die Durchführung geschlossener Sitzungen entscheidet der Landesparteitag auf begründeten Antrag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden angemeldeten Delegierten. Geschlossene Sitzungen werden parteiöffentlich durchgeführt.

14 Über den Ablauf des Parteitages ist in Verantwortung des Tagungspräsidiums eine Niederschrift zu fertigen und zu archivieren. Beschlüsse des Parteitages sind schriftlich zu protokollieren und durch die Versammlungsleitung unverzüglich zu beurkunden. Grundlage für die Veröffentlichung ist das gesprochene Wort. Es kann eine Ton- bzw. Videoaufzeichnung erfolgen.

15 Funktelefone sind im Konferenzsaal stumm zu schalten.

16 Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit der angemeldeten anwesenden Delegierten. Änderungen der beschlossenen Geschäftsordnung sind nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden angemeldeten Delegierten möglich.

L – Leitantrag

L1

Antragsteller*innen: Ladesvorstand
(Beschluss vom 18.09.2019)

1 **1. Mieten deckeln – Mietenwahnsinn 2 stoppen**

3 Wohnungsnot beseitigen und
4 Obdachlosigkeit reduzieren!

5 Viele Menschen in Bremen sind von der
6 rasanten Steigerung von Mieten und
7 Immobilienpreisen in den letzten Jahren
8 betroffen. Fast die Hälfte aller Bremerinnen
9 und Bremer muss mehr als 30 Prozent ihres
10 verfügbaren Einkommens fürs Wohnen
11 ausgeben, bei fast einem Viertel sind es sogar
12 über 40 Prozent des Einkommens. Gemessen
13 an den verfügbaren Einkommen ist wohnen
14 in Bremen damit ähnlich teuer wie in Berlin.

15 In dieser Situation müssen Stadt und Land
16 energisch gegensteuern. Im rot-grün-roten
17 Koalitionsvertrag haben wir unter anderem
18 vereinbart, Immobilienspekulation verstärkt
19 entgegen zu treten, die Mietenstrategie der
20 öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auf
21 den Erhalt günstigen Wohnraums
22 auszurichten und den Neubau kommunaler
23 und bezahlbarer Wohnungen voranzutreiben.
24 Auch der Ankauf von Wohnungsbeständen
25 durch die kommunalen Gesellschaften ist
26 eine wichtige Strategie, wieder dauerhaft
27 öffentlichen und bezahlbaren Wohnraum zu
28 sichern. DIE LINKE. will darüber hinaus große
29 profitorientierte Immobilienkonzerne wie
30 Vonovia enteignen und nach Artikel 15 GG in
31 Gemeineigentum überführen. Da diese
32 Maßnahmen erst über einen längeren
33 Zeitraum die Mietenentwicklung in der Breite
34 beeinflussen können, braucht es weitere

35 Maßnahmen, um zügig dafür zu sorgen, dass
36 Wohnraum in Bremen wieder für mehr
37 Menschen bezahlbar wird.

38 Der Berliner Senat hat zu diesem Zweck auf
39 Vorschlag der linken Bausenatorin einen
40 Mietendeckel beschlossen, der
41 Mieterhöhungen wesentlich effektiver
42 begrenzt als die sogenannte Mietpreisbremse
43 der Bundesregierung. Im Gegensatz zur
44 Mietpreisbremse schafft der Mietendeckel
45 transparente und überprüfbare
46 Höchstmieten und sieht auf Antrag sogar die
47 Absenkung überhöhter Mieten vor. Im
48 Koalitionsvertrag heißt es dazu „Ein zeitlich
49 begrenzter Mietendeckel für den Bestand,
50 wie er zurzeit in Berlin angestrebt wird, kann
51 auch für Bremen oder für einzelne Stadtteile
52 zukünftig in Betracht kommen.“

53 DIE LINKE. Bremen hält einen Mietendeckel in
54 Bremen für ein sinnvolles Mittel, ein weiteres
55 Explodieren der Wohnungspreise
56 insbesondere in innenstadtnahen Stadtteilen
57 zu verhindern. Ein Bremer Mietendeckel
58 würde Mieterhöhungen in
59 Bestandswohnungen für einen definierten
60 Zeitraum ausschließen und die Mieten auf ein
61 niedrigeres als das aktuelle Niveau
62 begrenzen. Unser Ziel muss ist dabei, dass in
63 Zukunft deutlich weniger Bremerinnen und
64 Bremer mehr als ein Drittel ihres
65 Einkommens fürs Wohnen ausgeben müssen.

66 Der Landesparteitag bittet die
67 Bürgerschaftsfraktion, konkrete Vorschläge
68 für einen Bremer Mietendeckel zu erarbeiten
69 und die Erfahrungen und Expertise aus Berlin
70 nach Bremen zu holen. DIE LINKE. wird sich in
71 der Koalition sowie an der Seite von

72 Initiativen und Bewegungen dafür stark
73 machen, einen Mietendeckel für Bremen zu
74 entwickeln und zu beschließen.

75 Darüber hinaus besteht in Bremen ein akuter
76 Mangel an bezahlbaren Wohnungen. Die
77 Anzahl der Sozialwohnungen hat sich von
78 80.000 (1991) über 14.500 (2007) auf 8.300
79 (2019) reduziert, obwohl sich die Anzahl der
80 potentiellen Nutzer*innen erhöht hat. Auch
81 die Anzahl der obdachlosen und
82 wohnungslosen Menschen ist in Bremen in
83 den letzten Jahren drastisch gestiegen.
84 Während die Anzahl der Obdachlosen mit
85 ca. 500 angegeben wird, liegt die Anzahl der
86 Wohnungslosen aufgrund der Dunkelziffer
87 um ein Vielfaches höher. Und viele dieser
88 Menschen leiden unter den Bedingungen, die
89 sie in einer Notunterkunft oder durch die
90 Abhängigkeiten bei Mitwohnmöglichkeiten
91 vorfinden. Der sich daraus ergebende
92 dringende Handlungsbedarf an individueller
93 Unterbringung besteht grundsätzlich und
94 nicht nur im Winter. Neben deutlich
95 verstärkten Neubau – und Umbauaktivitäten
96 müssen hier in Bremen umgehend schnelle
97 Lösungen zur Umsetzung von „Housing first“
98 Ansätzen entwickelt werden.

99 Dazu gehört, dass

- 100 • geeignete Flächen für den Bau
- 101 von „Housing First“ Objekten
- 102 gesucht und gefunden werden
- 103 • kleine Wohneinheiten, z. B. in
- 104 Form von Containern, initiiert
- 105 werden
- 106 • das Aufstellen kleiner
- 107 Wohncontainer (Wohn - Box) auf
- 108 öffentlichem Grund geprüft und
- 109 ggf. erlaubt wird
- 110 • der Sachstand der Reihersiedlung
- 111 umgehend geklärt und adäquate
- 112 Lösungen für das der Vonovia
- 113 gehörende Gebiet gefunden
- 114 werden

115 **2. DIE LINKE als Partei in Regierung und** 116 **Partei in Bewegung**

117 Wir sind als Teil einer Regierungskoalition
118 auch als Partei in einer neuen Rolle. Als erster
119 rein westdeutscher Landesverband in dieser
120 Situation stehen wir in besonderer
121 Verantwortung sowohl gegenüber der
122 Gesamtpartei und der gesellschaftlichen
123 Linken, als auch gegenüber der Bevölkerung
124 in Bremen und Bremerhaven. Es hängt an uns
125 allen, die Chancen dieser Situation zu nutzen
126 und mit den Risiken verantwortlich
127 umzugehen.

128 Wir haben als Regierungspartei andere und
129 größere Möglichkeiten als bisher,
130 Veränderungen im Handeln von Regierung
131 und Verwaltung in Stadt und Land
132 durchzusetzen. Wenn uns ein produktives
133 Zusammenspiel mit sozialen Bewegungen
134 gelingt, kann unsere Regierungsbeteiligung
135 den Einfluss fortschrittlicher Bewegungen
136 vergrößern. In den politischen Konflikten um
137 die Umsetzung unserer Forderungen in der
138 Regierungspraxis werden wir mehr über
139 gesellschaftliche Machtstrukturen lernen,
140 und durch unseren Zugang zum Senat werden
141 auch Partei und Fraktion in noch größerem
142 Maße als bisher Ansprechpartner*innen für
143 Betroffene und Initiativen.

144 Gleichzeitig verlangt die neue Situation einen
145 bewussten Umgang mit den Risiken einer
146 Regierungsbeteiligung. Wo wir bisher der im
147 Parlamentarismus angelegten Tendenz der
148 Entkopplung des parlamentarischen Betriebs
149 von den Debatten der Parteimitglieder
150 entgegentreten mussten, kommt mit den
151 Senatorinnen und ihren Mitarbeiter*innen
152 eine dritte Ebene hinzu, die einen anderen
153 Zugang zu Informationen hat, sich anderen
154 Sachzwängen und Erwartungshaltungen
155 ausgesetzt sieht und unter anderer
156 öffentlicher Beobachtung steht als Partei und
157 Fraktion. Konkrete Veränderungen in der

158 Landesregierung können wir immer nur in
 159 einem von anderen gesetzten Rahmen aus
 160 Bundesgesetzen, einer Landesverfassung mit
 161 Schuldenbremse, dem Einverständnis oder
 162 Kompromissbereitschaft der
 163 Koalitionspartner sowie dem Druck von
 164 Lobbygruppen durchsetzen. Daraus erwächst
 165 die Gefahr, dass wir tatsächliche oder
 166 vermeintliche Sachzwänge so weit
 167 verinnerlichen, dass sie nicht nur das
 168 Regierungshandeln sondern darüber hinaus
 169 unser politisches Denken und die
 170 Programmatik der Partei einschränken.

171 Deswegen brauchen wir eine lebendige,
 172 starke und selbstbewusste Partei, die auch im
 173 außerparlamentarischen Raum und im
 174 Zusammenspiel mit sozialen Bewegungen
 175 agiert und die inhaltlichen Grundlagen
 176 unserer Politik in Parlament und Regierung
 177 bestimmt. Ein wichtiger Bestandteil davon
 178 sind die jetzt schon stattfindenden
 179 regelmäßigen Treffen und Veranstaltungen in
 180 den Kreisverbänden und die Aktivitäten von
 181 Arbeitsgruppen und des Jugend- und
 182 Studierendenverbands, sowie unsere
 183 Beteiligung und kontinuierliche Mitarbeit an
 184 außerparlamentarischen Aktivitäten,
 185 Bündnissen und Organisationen. Wir fordern
 186 unsere diesbezüglichen
 187 Kooperationspartner*innen ausdrücklich
 188 dazu auf, uns in unserer neuen Rolle kritisch
 189 zu begleiten und werden uns mit ihren
 190 Beobachtungen aufmerksam
 191 auseinandersetzen. Wir haben unser Ziel, bis
 192 zu den Bürgerschaftswahlen auf 600
 193 Mitglieder zu wachsen, übertroffen, was
 194 zeigt, dass unsere Partei eine Anziehungskraft
 195 für Menschen hat, die sich für Solidarität,
 196 gegen Rassismus und für soziale
 197 Gerechtigkeit und Klimaschutz engagieren
 198 wollen.

199 Darüber hinaus wollen wir

- 200 • im kommenden Jahr einen neuen
- 201 Anlauf zur Etablierung politischer
- 202 Bildungsarbeit als dauerhaften
- 203 Bestandteil der Arbeit der
- 204 Kreisverbände unternehmen.
- 205 • mehr Mitglieder dafür gewinnen, sich
- 206 aktiv ins Parteileben einzubringen.
- 207 Dazu braucht es neben einer Kultur
- 208 der Offenheit für neue Mitglieder und
- 209 Interessierte auch attraktive
- 210 Möglichkeiten der Mitarbeit für
- 211 Menschen, die sich nur mit wenig Zeit
- 212 in der Partei engagieren können oder
- 213 wollen.
- 214 • Elemente und Ideen des Organizing in
- 215 unsere politische Praxis übernehmen.
- 216 Dazu gehört auch, einen größeren
- 217 Anteil unserer Zeit darauf zu
- 218 verwenden, auf noch nicht politisch
- 219 engagierte zuzugehen.
- 220 • unsere Verankerung in der Stadt
- 221 weiter ausbauen und als Partei
- 222 weiterwachsen. Bis zu den
- 223 Bundestagswahlen 2021 wollen wir
- 224 auf mindestens 700 Mitglieder
- 225 wachsen.

226 **Rollen und Aufgaben in der Koalition**

227 Der Landesvorstand spielt eine zentrale Rolle
 228 in der Vermittlung zwischen Partei und
 229 Fraktion sowie Regierung. Die
 230 Landessprecher*innen vertreten die Partei im
 231 Koalitionsausschuss mit SPD und Grünen und
 232 der Vorstand diskutiert regelmäßig die Politik
 233 in der Koalition. Der Landesvorstand muss
 234 darüber hinaus aber auch Impulse für die
 235 Partei setzen, damit Regierungs- und
 236 Parlamentsalltag nicht den Takt des
 237 Parteilebens dominieren. Dazu muss der
 238 Landesvorstand stärker als Team und nicht
 239 nur als Gremium funktionieren.

240 Die Bürgerschaftsfraktion hat in der
 241 Zusammenarbeit mit den anderen
 242 Koalitionsfraktionen viele neue Aufgaben und
 243 einen höheren Kommunikations- und
 244 Abstimmungsbedarf. Weil wir in der Koalition
 245 geschlossenes Handeln im Parlament
 246 vereinbart haben, müssen wir einerseits
 247 unsere Anträge mit SPD und Grünen
 248 abstimmen und können gleichzeitig auf alle
 249 Anträge und damit Beschlüsse der Koalition
 250 Einfluss nehmen. Wenn dabei jenseits der im
 251 Koalitionsvertrag vereinbarten Projekte
 252 Kompromisse zwischen den
 253 Regierungsfraktionen gefunden werden, die
 254 deutlich von unserem Wahlprogramm
 255 abweichen, müssen diese zwischen
 256 Landesverband und Fraktion abgestimmt
 257 sein. Dabei wird es eine große
 258 Herausforderung für die Fraktion und
 259 Abgeordneten sein, neben diesen neuen
 260 Aufgaben die bestehenden Kontakte zu
 261 Initiativen und Bewegungen aufrecht zu
 262 erhalten und die Rückkopplung der
 263 parlamentarischen Arbeit in die Breite der
 264 Partei zu organisieren.

265 Unsere Senatorinnen gestalten mit ihren
 266 Ressorts linke Tagespolitik in der Regierung
 267 und setzen in ihren Ressorts und im Senat
 268 den Koalitionsvertrag um. Sie orientieren sich
 269 dabei ebenso wie die Bürgerschaftsfraktion
 270 am Wahlprogramm und den Beschlüssen des
 271 Landesverbands. Sie stehen in ihrer Arbeit
 272 unter dem größten Druck und der stärksten
 273 kritischen Beobachtung durch Medien und
 274 Öffentlichkeit. Um auch gegen äußeren Druck
 275 unsere Ziele in der Regierung umsetzen zu
 276 können, brauchen sie Unterstützung
 277 einschließlich solidarischer Kritik durch
 278 Fraktion und Partei. Wir wollen die
 279 Bekanntheit unserer Senatorinnen als
 280 zentrale Gesichter linker Politik in Bremen für
 281 unsere politischen Botschaften und unser
 282 Profil in der Regierung nutzen und sie auch in
 283 Aktivitäten der Partei einbinden, die nicht
 284 unmittelbar und ausschließlich ihren Ressorts
 285 zugeordnet sind.

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

A - Anträge

A1

Antragsteller*innen: Kreisverband Nord-West
und ökologische Plattform

- 1 Auf Veranstaltungen, der Fraktion, der
- 2 Landespartei- und Kreisparteitagen der
- 3 Partei DIE LINKE Bremen, sollten nach
- 4 Möglichkeit keine Getränkeflaschen, Trink-
- 5 und Essgefäße aus Kunststoff bereitgestellt
- 6 werden.

Begründung:

Kunststoffe zählen inzwischen, alleine durch ihre Menge, zu den schädlichsten Stoffen für die Umwelt. Das gilt nicht nur für die Meere.

In Bremen wird sowohl in der Müllverbrennungsanlage wie auch in den Stahlwerken eine erhebliche Menge an Kunststoffe verbrannt. Die dadurch entstehenden Schadstoffe verpesten die Luft.

Wir sollten ein Zeichen setzen!

angenommen	
abgelehnt	
nicht befasst	
überwiesen an:	

Kommissionen des Landesparteitages:

Arbeitspräsidium:

Gabriele Fischer, Medine Yildiz, Jan Restat, Michael Horn, Olaf Zimmer, Malte Lier

Mandatsprüfungskommission:

Birgit Menz, Lucie Horn, Thorsten Schildt, Karl Brönnle

Antragskommission:

Edgar Zitelmann, Udo K. Bauer, Christoph Höhl, Christoph Spehr, Andrea Spangenberg

Wahlkommission:

Bettina Fenzel, Lucie Horn, Karin Scharfenort, Andreas Hein-Foge, Hartmut Malyssek, Detlef Strietzel

DIE LINKE. Bremen * Faulenstr. 75 * 28195 Bremen

Der Landesvorstand
Faulenstraße 75
28195 Bremen
Telefon 0421 320 666
Telefax. 0421 320667
info@dielinke-bremen.de
www.dielinke-bremen.de

Einladung zum 25. Landesparteitag

Bremen, 23. September 2019

Liebe Genoss*innen,

der Landesvorstand lädt herzlich zum

25. Landesparteitag der LINKEN in Bremen am Sonnabend, 9. November 2019 und Sonntag, 10. November 2019 ein.

Der Parteitag findet statt im **Bürgerhaus Oslebshausen, Am Nonnenberg 40, Bremen-Oslebshausen.**

Beginn der Beratung ist an beiden Tagen um 10:30 Uhr, die Anmeldung für Delegierte findet an beiden Tagen ab 10 Uhr statt.

Einen Vorschlag der Tagesordnung findet Ihr in diesem Antragsheft ebenso wie den Leitantrag des Landesvorstandes

Achtung: Antragsschluss ist Freitag, der 18. Oktober. Anträge sind (am besten per E-Mail, als word oder rtf-Datei. Bitte KEINE pdf, keine stark formatierten Texte!) an die Landesgeschäftsstelle zu richten (antragskommission@dielinke-bremen.de). Bis zu diesem Datum Bitte auch Änderungsanträge zum Leitantrag einreichen!

Bewerbungen für die zu wählenden Ämter können ab sofort an die Landesgeschäftsstelle gesendet werden. Wenn sie eine Din-A4-Seite (Arial 11pt) nicht übersteigen, können wir sie auf unserer Internet-Site veröffentlichen. Bewerbungen, die bis zum 18. Oktober eingehen, werden allen Delegierten mit dem Antragsheft II zugeschickt.

Für Mittagessen wird gesorgt, dafür bitten wir um Spenden, für diejenigen, denen es möglich ist. Es wird eine Kinderbetreuung angeboten. Bitte meldet Euch dafür verbindlich bis zum 4. November unter Angabe der Anzahl und des Alters der Kinder sowie des benötigten Betreuungszeitraumes an.

Besondere Assistenzbedarfe bitten wir bis zum 28. Oktober anzumelden.

Mit solidarischen Grüßen
Im Auftrag

Andreas Hein-Foge